

## *FÖS-Kurzkonzept 2006*

Alternativen zur Erhöhung der  
Mehrwertsteuer – Bausteine  
zur Fortentwicklung der Öko-  
logisch-Sozialen Finanzreform

Stand: Mai 2006

# FÖS-KURZKONZEPT 2006

## BAUSTEINE ZUR FORTENTWICKLUNG DER ÖKOLOGISCHEN FINANZREFORM

### INHALT

<b>A.</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>1</b>
<b>B.</b>	<b>Ausgangslage und Rückblick</b>	<b>4</b>
<b>C.</b>	<b>Mehrwert- contra Ökosteuer</b>	<b>6</b>
<b>D.</b>	<b>Von der Großen Koalition geplante Maßnahmen</b>	<b>8</b>
<b>E.</b>	<b>Von uns vorgeschlagene FÖS-Bausteine</b>	<b>9</b>
	1. Wettbewerbsgleichheit Bahn/Flugverkehr	10
	2. Überfällige Korrekturen im Straßenverkehr	10
	3. Abbau von Ausnahmen und Steuerschlupflöchern	11
	4. Mehr Effizienz im Wärmebereich	12
	5. Versteigerung von 10 Prozent der Emissionsrechte ab 2008	13
<b>F.</b>	<b>Fazit</b>	<b>14</b>
	1. Verwendung der Mehreinnahmen	14
	2. Öko- statt Merkelsteuer	15
	3. Ausblick	17

## **A. ZUSAMMENFASSUNG**

Mit dem vorliegenden Kurzkonzept möchten wir deutlich machen, dass es bei hinreichend gutem Willen und ausreichender Zeit durchaus möglich wäre, das von der Regierung erhoffte Mehraufkommen einer um drei Punkte höheren Mehrwertsteuer voll und ganz durch indirekte Steuern mit ökologischem Mehrwert zu ersetzen. Im Teil E dieses Papier sind die dafür erforderlichen Maßnahmen zusammengestellt.

Momentan spricht aber wenig dafür, dass die zum 1.1.2007 geplante Mehrwertsteuererhöhung auf 19 Prozent vollständig abgewendet werden könnte – trotz der vielen Warnungen von Forschungsinstituten, Wirtschaftsfachleuten und Verbänden. Auch die verbale Kritik der Oppositionsparteien kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass von einer wirklichen breiten Kampagne gegen höhere Mehrwertsteuern bisher nicht die Rede sein kann.

Angesichts dieser politischen Situation ist unser politisches Ziel für die kommenden Monate bescheidener. Wir wollen demonstrieren, dass es bei gutem Willen kein Problem wäre, wenigstens Teile der vorgesehenen Erhöhungen durch ein pragmatisches Alternativpaket zu ersetzen. Da ein Teil der Mehrwertsteuereinnahmen von den Länderregierungen in deren Haushalten bereits fest verplant ist, wollen wir insbesondere den letzten Prozentpunkt, der vollständig in die Absenkung der Beiträge zur Arbeits-

losenversicherung fließen soll, durch kurzfristig machbare Bausteine einer Ökologischen Finanzreform ersetzen.

Denn es gibt eine sofort umsetzbare Alternative zur bloßen Erhöhung der Mehrwertsteuer, und das ist eine Kombination von einer um ein bis zwei Punkte höheren Mehrwertsteuer mit einem intelligenten Bündel ökofiskalischer Maßnahmen.

Mittelfristig ist es darüber hinaus möglich die gesamte Mehrwertsteuererhöhung durch eine moderate Ökologische Finanzreform zu ersetzen. Im Kapitel E kommt der FÖS für 2009 zu einem geschätzten jährlichen Volumen von 19 Mrd. Euro aus einer moderaten, EU-rechtskonformen und allein national umsetzbaren Ökologischen Finanzreform.

2

**Bild 1: Die wichtigsten Maßnahmen in Kürze (in Mrd. Euro)**

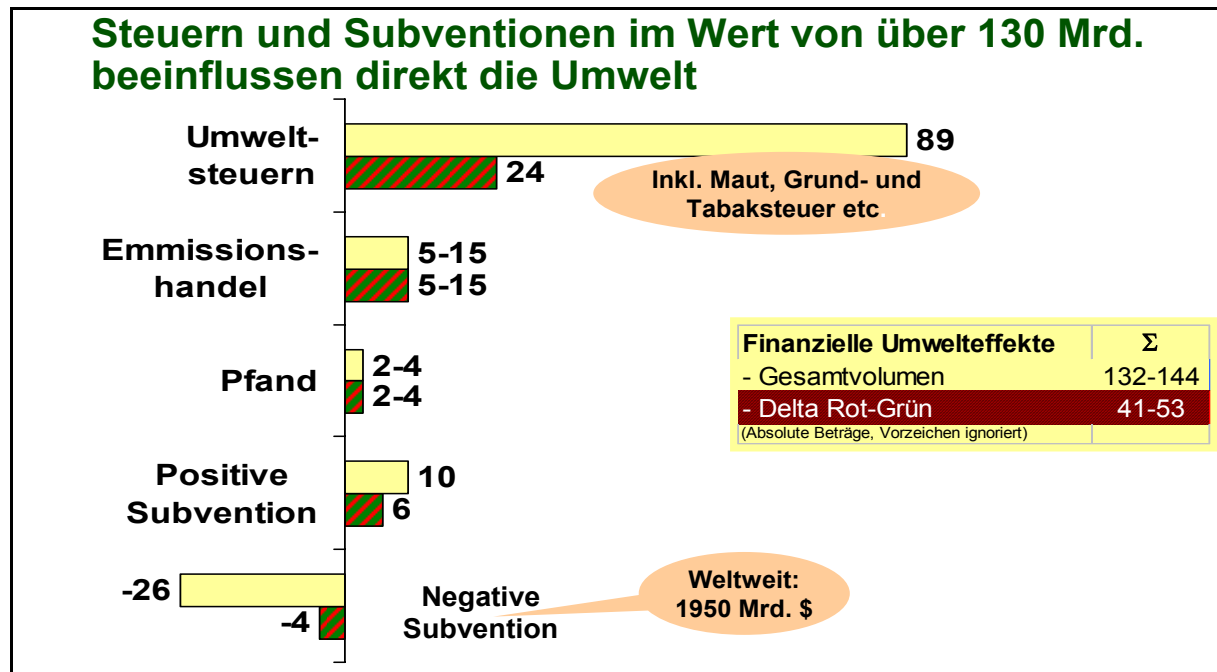
Baustein	Geschätztes Aufkommen 2007
<b>1) Wettbewerbsgleichheit Bahn/Flugzeug</b>	1,0
Flugticketabgabe (0,5), Kerosinsteuer (0,25), MwSt. internationale Flüge (0,5), ermäßigte MwSt Bahnfernverkehr (-0,2)	
<b>2) Überfällige Korrekturen im Straßenverkehr</b>	3,7
Angleichung Dieselsteuer (1,2), Senkung Entfernungspauschale (0,5), Reform Kfz-Steuer (1), Ausweitung Lkw-Maut (1)	
<b>3) Abbau Ausnahmen und Steuerschlupflöcher</b>	1,8
Reduzierung ÖSR-Ausnahmen (0,5), Rückstellungen Atom (0,4), Kernbrennstoffsteuer (0,9)	
<b>4) Mehr Effizienz im Wärmebereich</b>	1,4
Anhebung Heizölsteuer (0,7), Anhebung Erdgassteuer (0,8), Anhebung Kohlesteuer (0,1), Verwendung Stromsteuer für EE (-0,2)	
<b>5) Emissionshandel</b>	0,8
Versteigerung von 10 Prozent der Zertifikate <sup>1</sup>	
<b>Summe Aufkommen</b>	8,7

Mit diesen kurzfristigen Maßnahmen würden wir ein fiskalisches Verteilungsvolumen von knapp 9 Mrd. Euro zugunsten der Umwelt erreichen. Das klingt viel – ist aber im Vergleich zur Leistung von Rot-Grün relativ bescheiden. Die Vorgängerregierung hatte mit Ökologischer Steuerreform, Emissionshandel, Förderung Erneuerbarer Energien und Dosenpfand finanzielle Anreize in Höhe von rund 50 Mrd. Euro zu-

<sup>1</sup> Die EU lässt die Versteigerung von 10 Prozent der Emissionszertifikate ab 2008 zu. Die Einnahmen von 0,5-1 Mrd. € können zwar jetzt schon eingeplant, aber real erst ein Jahr später erzielt werden.

gunsten der Umwelt ausgebaut und verändert. Eine riesige Leistung, wenn sie auch beim Emissionshandel auf Brüssel und beim Dosenpfand auf die gesetzliche Vorarbeit von Prof. Dr. Klaus Töpfer zurückgreifen konnte.

**Bild 2: FISK. INSTRUMENTE MIT UMWELTAUSWIRKUNGEN (MRD. € 2003)**



<sup>2</sup> Die Werte des Schaubilds enthalten alle fiskalischen Umweltinstrumente, die positive oder negative Anreize für die Umwelt bringen, unabhängig davon ob sie direkt haushaltswirksam sind.

Als Umweltsteuern und Abgaben zählen wir nach gängiger Abgrenzung Mineralölsteuer, Stromsteuer, Grundsteuer, Kfz-Steuer, Tabak- und Alkoholsteuern und die Maut. Damit kommen wir für 2004 auf 89 Mrd. Euro. Der von Rot-Grün veränderte Anteil beträgt bei der Ökologischen Steuerreform 19 Mrd. Euro, die Einführung der Maut ergab 3 Mrd. Euro und hinzu kamen Steigerungen bei der Tabaksteuer. Zu den positiven Subventionen im weitesten Sinne haben wir das EEG, das Markteinführungsprogramm für Erneuerbare Energien, das KWK-Gesetz und die Steuerbefreiung für Biokraftstoffe gerechnet. Bei den umweltschädlichen Subventionen im weitesten Sinne haben wir Kohlesubventionen, Steuerbefreiungen der AKW-Rückstellungen, den reduzierten Dieselseuersatz, die Eigenheimzulage, Pendlerpauschale, die Steuerbefreiung des Flugverkehrs (Kerosinsteuer und Mehrwertsteuer bei internationalen Flügen) sowie die ÖSR-Ermäßigungen für die Industrie zusammengerechnet. Durch die Blockaden im Bundesrat konnte Rot-Grün hier leider nur Teile abschmelzen.

Beim Emissionshandel haben wir angesichts der starken Schwankungen eine Spanne angegeben. Beim bisherigen Höchstpreis von 30 Euro käme man zwar bei ca. 500 Mio. Tonnen Zertifikaten auf 15 Mrd. Euro. Der aktuelle Tiefpreis von 15 Euro entspricht jedoch einem Gesamtwert von knapp 7,5 Mrd. Euro. Da es momentan eher nach unten zu gehen scheint, halten wir zur Zeit eine Spanne von 5 bis 10 Mrd. Euro für realistisch.

Beim Dosenpfand haben wir den Gesamtumsatz eingepflegt, der nach Angaben der Deutsche Pfandsystem GmbH (DPG) für dieses Jahr bei 8 bis 10 Milliarden Einwegverpackungen im Umlauf einem jährlichen Pfandwert von 2,0 bis 2,5 Milliarden Euro entspricht. Bis 2007/2008 könnte sich die Menge nach Angaben der DPG auf 15 bis 18 Milliarden Stück – mit einem umlaufenden Pfandwert von 3 bis 4 Milliarden Euro – erhöhen.

## B. AUSGANGSLAGE UND RÜCKBLICK

Am 1. Januar 2003 trat die fünfte und bisher letzte Stufe der Ökologischen Steuerreform in Deutschland in Kraft. Alle späteren von Rot-Grün geplanten Reformschritte zur Weiterentwicklung der Ökologischen Finanzreform wurden teilweise von der Koalition selbst verschoben, teilweise von der Bundesratsmehrheit verworfen.

4

Mit der Großen Koalition ergeben sich neue Chancen, den Ausbau der Ökologischen Finanzreform wieder auf die politische Tagesordnung zu setzen. Dafür sprechen nicht nur die Überwindung der bisherigen parteipolitischen Blockade und die Notwendigkeit weiterer finanzpolitischer Konsolidierung, sondern auch die offensichtlicher werdende Bedrohung durch Klimawandel und Ressourcenverknappung. Mit der Abschaffung der Eigenheimzulage und der geplanten (aber noch in Frage gestellten) Reduzierung der Pendlerpauschale durch die neue Bundesregierung sind erste Schritte eingeleitet, denen weitere folgen müssen.

Mit vorliegendem Kurzkonzept 2006 präsentiert der Förderverein Ökologische Steuerreform eine Fortentwicklung seiner Vorschläge zu einer Ökologischen Finanzreform aus unserem Memorandum 2004, die neue Instrumente wie den Emissionshandel einbezieht und sich an der Machbarkeit und Laufzeit einer Legislaturperiode orientiert.

Seit dem 1. April 1999 wurden im Rahmen der Ökologischen Steuerreform die Steuern auf Benzin und Diesel, Strom, Heizöl und Erdgas in fünf Stufen erhöht<sup>3</sup>. Weitgehend einhellig bilanziert die Wissenschaft, dass die bisher erfolgten Maßnahmen sowohl ökonomisch als auch ökologisch erfolgreich waren.<sup>4</sup> Positive Effekte für Umwelt, technologische Innovation und Arbeit sind nicht von der Hand zu weisen. Zu nennen wären etwa: Senkung der Lohnnebenkosten, Reduzierung des Energieverbrauchs und der CO<sub>2</sub>-Emissionen – erstmalig seit Jahrzehnten auch im Verkehrsbereich! – und die verstärkte Nutzung Erneuerbarer Energien.

Mit den Einnahmen aus der Ökosteuern konnte der Zuschuss an die Rentenversicherung um 17 Mrd. Euro (88 Prozent des Aufkommens der Ökosteuern) erhöht werden, womit die Rentenbeiträge um 1,7 Prozentpunkte gesenkt werden konnten – leider nur rechnerisch, weil andere Maßnahmen diesen Effekt zum Teil konterkarierten. Etwa eine halbe Milliarde Euro (ca. 3 Prozent) wurde zur Förderung ökologischer Programme verwendet, insbesondere zur Schaffung von Investitionsanreizen im Bereich Erneuerbare Energien sowie für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm für Energieeinsparung in Altbauten. 9 Prozent des Aufkommens fließen in den Allgemeinen Staatshaushalt. Auf der anderen Seite verzichtete der Staat aber bisher auf die Erträge aus der Steuerbefreiung für Biokraftstoffe – schon 2007 rechnet das Bundesfinanzministerium mit Einnahmen von 1,6 Mrd. €, 2009 dann 2,3 Mrd. €. Trotz Ökosteuern ist die Steuer- und Abgabenquote seit 1999 um 4,2 Prozentpunkte gesunken. Wie oft war vorher noch das Gegenteil prophezeit worden!

Doch aufgrund starken Gegenwindes in den Medien, von Teilen der Wirtschaft und seitens der Opposition sowie deutlich gestiegener Energiepreise – vor allem beim

<sup>3</sup> Zur ausführlichen Bilanz siehe FÖS-Memorandum 2004, [www.foes.de](http://www.foes.de)

<sup>4</sup> [www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/oekosteuer.htm](http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/oekosteuer.htm)

Rohöl – wurde die Ökologische Steuerreform trotz unbestreitbarer Erfolge ab 2004 nicht fortgesetzt. Man sollte aber nicht vergessen, dass im Jahr 2005 mit dem Emissionshandel und der Maut zwei weitere ökofiskalische Steuerungsinstrumente von beträchtlicher Lenkungswirkung eingeführt wurden.

Erfreulicherweise ist jedoch ein parteiübergreifender Minimalkonsens für die Ökologische Steuerreform wiederhergestellt. Dazu trugen sicher die positiven Wirkungen, das Ausbleiben der seinerzeit prognostizierten Horrorszenarien, das wachsende Bewusstsein von den Folgen des drohenden Klimawandels, aber auch die Erkenntnis der großen Haushaltsmisere bei. Im Bundestagswahlkampf 2005 haben führende Politiker von CDU und CSU den Fortbestand der Ökologischen Steuerreform und die Verwendung für die Rentenkasse größtenteils akzeptiert<sup>5</sup> und im Wahlprogramm – anders noch als 2002 – ausdrücklich keine Abschaffung mehr verlangt. Damit nähert sich die CDU/CSU auch wieder ihren langfristigen Überzeugungen an. In ihrem Hamburger Grundsatzprogramm sprach sie sich eindeutig für Umweltabgaben und -steuern aus.<sup>6</sup> So ist es nur folgerichtig, dass CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag am Fortbestand der Ökosteuer explizit festhalten.<sup>7</sup>

Der Grundsatz der Ökologischen Steuerreform war und ist richtig: Indirekte Steuern erhöhen, Sozialversicherungsbeiträge senken. Eben dieser Mechanismus, der bei der Ökologischen Steuerreform noch verteufelt wurde, wird jetzt auch von der Regierung Merkel im Rahmen der zum 1.1.2007 geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte angewandt. Denn ein Teil der Erlöse soll einer Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge zugute kommen.

<sup>5</sup> Siehe die Aussagen von Angela Merkel, Edmund Stoiber, Christian Wulff und Gerda Hasselfeldt in den FÖS-ÖkoSteuerNews 36: [www.foes.de/downloads/oekosteuernews36.pdf](http://www.foes.de/downloads/oekosteuernews36.pdf)

<sup>6</sup> Im Grundsatzprogramm der CDU, beschlossen auf dem 5. Parteitag am 21.-23. Februar 1994 in Hamburg, heißt es dazu:

“Verursacherprinzip: Mit der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft wollen wir den Umweltschutz in Deutschland zum selbstverständlichen Handlungsprinzip für alle machen. Wir wollen, dass die Kosten unterlassener Umweltvorsorge und der Inanspruchnahme von Umwelt konsequent vom Verursacher getragen werden müssen. Diese klare Bindung an das Verursacherprinzip wird nur dann gewährleistet, wenn sich diese Kosten in ökologisch ehrlichen Preisen niederschlagen. Die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips stärkt die Umweltvorsorge. Umweltschutz wird um so teurer, je später er einsetzt.

Marktwirtschaftliche Instrumente im Einsatz für den Umweltschutz: Das Umweltordnungsrecht ist für die Rahmenbedingungen der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft weiterhin unverzichtbar. Die Statik des Ordnungsrechtes wollen wir aber durch weitere marktwirtschaftliche Instrumente ergänzen, um das Eigeninteresse an Innovation und Verhaltensänderung zu stärken.

Wir wollen verstärkt steuerliche Anreize wie eine abgasbezogene Kfz-Steuer, Abschreibungsvergünstigungen für umweltentlastende Investitionen sowie Abgaben zur Vermeidung von Abfällen, Treibhausgasen und Schadstoffen einsetzen.

Energiepolitik und Klimaschutz: Die Gefahren einer weltweiten Veränderung des Klimas verpflichten uns zu einer beispielgebenden Strategie bei der Bekämpfung der Treibhausgase. ... Darüber hinaus wollen wir die Entwicklung und Nutzung regenerativer Energien mit gleichem Nachdruck betreiben, wie wir in der Vergangenheit die Kernenergie entwickelt haben. Die entscheidenden Anreize zur Erhöhung der Wirkungsgrade sowie zur Einsparung von Energie werden über die Ausgestaltung der Preise erfolgen, die schrittweise auch die ökologischen Kosten umfassen müssen.“

<sup>7</sup> [www.foes.de/news37/3artikel1.html](http://www.foes.de/news37/3artikel1.html)

## C. MEHRWERT- CONTRA ÖKOSTEUER

*„Es gibt genügend Gründe gegen die Mehrwertsteuererhöhung – sie wird trotzdem kommen!“ (Bundesfinanzminister Steinbrück am 23.3. 2006 im Bundestag)*

6

Schon die von Angela Merkel im Wahlkampf vorgeschlagene Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge durch eine Mehrwertsteuererhöhung ähnelte dem rot-grünen Kernprojekt der Ökologisch-Sozialen Steuerreform. Auch die von der Großen Koalition für 2007 geplante Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent soll zum Teil in die Senkung der Lohnnebenkosten fließen. Daher lohnt sich ein Vergleich mit einer Fortführung der Ökologischen Finanzreform.

Sowohl Mehrwert- als auch Ökosteuer haben spezifische Vor- und Nachteile. Beide können den Faktor Arbeit entlasten, allerdings führt eine Mehrwertsteuererhöhung zu einer Anhebung der Preise aller Waren und Dienstleistungen. Zudem ist sie ökologisch blind, sie erzielt keinerlei umweltspezifische Lenkungswirkung. Ökosteuern bewirken dagegen, dass nur die Preise solcher Güter steigen, deren Verbrauch wir ohnehin langfristig senken wollen. Damit regt sie Millionen von Bürgern und Unternehmen dazu an, sich Gedanken darüber zu machen, wie sie der Steuer ausweichen können. Arbeitsintensive Dienstleistungen im Handwerk oder Pflegebereich werden dagegen geschont.

Wenn Preise die ökologische Wahrheit sagen, rechnen sich Investitionen in Energieeffizienz für den einzelnen Bürger und das einzelne Unternehmen – Innovationen sind damit programmiert. Außerdem wird dort die Energieeffizienz am stärksten erhöht, wo dies volkswirtschaftlich am kostengünstigsten ist. Kostengünstiger Umweltschutz macht aber mehr Umweltschutz möglich und stärkt daher unseren Standort.

Hinsichtlich ihrer konjunkturellen Wirkungen sind beide Steuern ähnlich zu bewerten. Beide gelten kurzfristig eher als Konjunkturbremsen, erhöhen bei einer aufkommensneutralen Verwendung zur Senkung der Lohnnebenkosten jedoch die Arbeitseinkommen bzw. senken die Kosten der Arbeit. Ökosteuern wirken durch ihre Innovationsanreize dabei langfristig nachhaltiger und positiver auf Wachstum und Arbeitsmarkt. Die Vorteile der Mehrwertsteuer liegen demgegenüber in ihrer Außenhandelsneutralität, ihrer größeren Verträglichkeit mit dem Steuerharmonisierungsziel der EU und leider auch darin, dass sie paradoxerweise trotz aller Widerstände eine größere öffentlich-politische Akzeptanz als die Ökosteuer genießt.

**Bild 3: Vergleich Ökosteuer- und Mehrwertsteuererhöhung**

	Mehrwertsteuer	Ökosteuer
<b>Entlastung des Faktors Arbeit</b>	++ Sofern in vollem Umfang dafür verwendet - Verteuerung arbeitsintensiver Dienstleistungen	++ Bisherige ÖSR wurde zu mehr als 90 Prozent dafür verwendet
<b>Außenhandelsneutralität</b>	+ Produkte werden am Ort des Verbrauchs besteuert	- Durch Standortverlagerung können sich Unternehmen der Energiesteuer entziehen + Dem können Sonderregelungen für energieintensive Unternehmen weitgehend entgegen wirken
<b>Umweltwirkung</b>	~ unspezifisch	++ Ausgeprägte Wirkung auf Reduzierung von Ressourcenverbrauch bzw. Schadstoffemissionen
<b>Aufkommenspotenzial</b>	++ Ca. 24 Mrd. Euro bei Erhöhung von 16 auf 19 Prozent bringt; bis zu 72 Mrd. Euro. bei Erhöhung auf 25%	+ Ca. 18 Mrd. bei ÖSR 1998-2003; mittelfristig 30 bis 50 Mrd. im Rahmen einer umfassenden ökologischen Finanzreform.
<b>Wirkung auf Wachstum und Konjunktur</b>	~ Mehrwertsteuer gilt als Konjunkturbremse <sup>8</sup> + Positive Effekte bei aufkommensneutraler Senkung der Sozialbeiträge	~ Grundsätzlich ähnlich zu bewerten wie Mehrwertsteuer + Positive Effekte bei aufkommensneutraler Senkung der Sozialbeiträge + Durch Innovationsanreize langfristig positivere Wirkung auf Qualität und Höhe des Wachstums
<b>Verteilungswirkungen</b>	~ Kontrovers diskutiert, kommt sehr auf Referenzfall und Aufkommensverwendung an - Gilt grundsätzlich als eher regressiv, d.h. belastet untere Einkommen überdurchschnittlich + Private Mieten werden nicht besteuert, Lebensmittel mit reduziertem Satz	~ Kontrovers diskutiert; vom Referenzfall und belasteten Energieträgern abhängig Mineralölsteuer auf Kraftstoffe wirkt weniger problematisch als Steuern auf Heizstoffe und Strom, weil letztere die „Grundversorgung“ betreffen und stärker regressiv wirken + Durch Beitragsbemessungsgrenze bei Sozialbeiträgen progressive Wirkung auf mittlere und höhere Einkommen, weil hier kein Beitragseffekt
<b>Europäische Harmonisierung</b>	+ Deutschland hat mit 16 Prozent einen der geringsten MwSt-Sätze in der EU	- Bei Kraftstoffpreisen und Strom liegt Deutschland eher hoch + Bei Heizstoffen ist Deutschland im unteren Drittel der EU
<b>Politische Durchsetzbarkeit</b>	+ Große Koalition dafür - Opposition, weite Teile der Wirtschaft und Mehrheit der Bevölkerung dagegen	- Bislam ambivalentes Image ~ Maßnahmen treffen zumeist nur einzelne Gruppen + Ökologische Begründung wird teilweise akzeptiert, etwa beim Flugverkehr

<sup>8</sup> Bei alleinigem Blick auf die Einnahmeseite.



Die im FÖS-Kurzkonzept skizzierte Fortführung der Ökologischen Finanzreform hätte ein Einnahmeplus von etwa 19 Mrd. Euro für den Staatshaushalt zur Folge; die Mehrwertsteuererhöhung würde 2007 ein Aufkommen in gleicher Größenordnung und in den Folgejahren knapp 24 Mrd. € erbringen.

## D. VON DER GROßEN KOALITION GEPLANTE MAßNAHMEN

8

Einige Bausteine einer Ökologischen Finanzreform – insbesondere den Abbau schädlicher Subventionen – hat die Große Koalition in ihrem Koalitionsvertrag bereits aufgegriffen.

Neben den bekannten Maßnahmen wie Streichung der Eigenheimzulage, Senkung der Pendlerpauschale hat die Bundesregierung auch die steuerliche Anrechnung der privaten Nutzung von Fahrzeugen reduziert. Zukünftig besteht die Möglichkeit zur Anrechnung eines privaten Kraftfahrzeuges mit 1 Prozent des inländischen Listenpreises pro Monat, nur noch für Fahrzeuge mit einer betrieblichen Nutzung von mehr als 50 Prozent.

Diese Maßnahmen sind ein guter Anfang, gehen jedoch noch nicht weit genug.

Äußerst kritisch sieht der FÖS jedoch, dass in dem vom Bundeskabinett am 15.3.2006 beschlossenen Entwurf eines Energiesteuergesetzes für bestimmte energieintensive Prozesse zusätzliche vollständige Befreiungen mit Steuermindereinnahmen von 60 Mio. € pro Jahr vorgesehen sind.

Die von der Bundesregierung geplante Quotenregelung für biogene Kraftstoffe ab 1.1.2007 mit voller Besteuerung der beigemischten Kraftstoffe unterstützt der FÖS grundsätzlich. Auch den Ansatz, bestehende Überförderungen durch Teilbesteuerung von biogenen Reinkraftstoffen abzubauen, unterstützen wir. Dabei sollte allerdings eine steuerliche Gleichbehandlung von Biodiesel und reinen Pflanzenölen erfolgen. Darüber hinaus halten wir für biogene Reinkraftstoffe auch nach 2009 flankierende Steuervergünstigungen zum einen schon mit Blick auf den Vertrauensschutz für erforderlich. Zum anderen ist es sinnvoll, neben der Quotenregelung bzw. Beimischung durch die Mineralölwirtschaft auch dezentralen Lösungen mit Reinkraftstoffen zumindest in ausgewählten Bereichen eine längerfristige Perspektive zu bieten. So kann einigen Problemen der Quotenregelung begegnet werden wie z.B.

- Deckelung des Ausbaus der Biokraftstoffe
- Ausschließliche Abhängigkeit von der oligopolistischen Mineralölwirtschaft
- Gefahr des vorrangigen Einsatzes von unkontrollierten Importen.
- Perspektive für mittelständisch geprägte Anbieter biogener Reinkraftstoffe
- Perspektive für das reine Pflanzenöl

Dabei gilt es zu verhindern, dass unter dem Deckmantel des Umweltschutzes neue Subventionstatbestände geschaffen werden. Langfristig darf sich der Steuervorteil bei Reinkraftstoffen nur an deren Minderbelastung der Umwelt orientieren – eine Befrei-

ung von den Infrastrukturkosten des Straßenverkehrs ist dagegen nicht angebracht. Auch mit Biokraftstoffen betriebene Fahrzeuge müssen ihren Beitrag zur Kostendeckung der Verkehrsinfrastruktur leisten – und auch den Anteil der Energiebesteuerung tragen, der der allgemeinen Haushaltsfinanzierung dient.

Insgesamt rechnet die Schwarz-Rote Koalition durch die von ihr im Bereich der Ökologischen Finanzreform geplanten Maßnahmen bis zum Ende der Legislaturperiode mit **Steermehreinnahmen in Höhe von 7,8 Mrd. Euro**. Die endgültige Abschaffung der Eigenheimzulage wird mit voller Wirksamkeit ab 2013 5,9 Mrd. Euro betragen. Zur Entlastung des Faktors Arbeit, zur Verbesserung des Klimaschutzes und zur Erhöhung der Anreize für Energieeffizienz und Innovation sind jedoch sehr viel weiter gehende Maßnahmen notwendig.

**Bild 4: Bisher geplante Maßnahmen der Großen Koalition**

Baustein	Geschätztes Aufkommen 2009
Abschaffung der Eigenheimzulage zum 1.1.2006. Volle Finanzwirkung von 5,9 Mrd. € erst nach acht Jahren (2013) <sup>9</sup>	3,0 Mrd. Euro
Zahlung der Entfernungspauschale ab 1.1. 2007 erst ab dem 21. Kilometer.	2,5 Mrd. Euro
Teilbesteuerung von Biokraftstoffen: 0,37 Mrd. Euro (2006) Ab 1.1.2007 Beimischungsquote mit Vollbesteuerung der beigemischten Biokraftstoffe; 1,6 Mrd. Euro (2007)	2,3 Mrd. Euro
Abschaffung der Gassteuer bei der Stromerzeugung	-0,08 Mrd. Euro (Mindereinnahmen)
Einführung einer Kohlesteuer für Heizzwecke	0,035 Mrd. Euro
<b>Gesamteffekt</b>	<b>Rund 7,8 Mrd. Euro</b>

## E. VON UNS VORGESCHLAGENE FÖS-BAUSTEINE

Der FÖS schlägt daher weitergehende Maßnahmen insbesondere im Bereich Flugverkehr vor. Die „himmelschreiende“ Ungerechtigkeit, dass der Flugverkehr von Öko-, Mehrwert- und Mineralölsteuer weitgehend befreit ist, muss umgehend geändert werden. „Fliegen zum Taxipreis“ kann kein ökologisch und ökonomisch verträglicher Wettbewerb der verschiedenen Verkehrsträger sein. Die EU hat die Möglichkeiten dazu eröffnet und einzelne Mitgliedsstaaten – allen voran Großbritannien und Frankreich – nutzen diese Möglichkeiten bereits. Ebenso ist im Bereich der Heizenergie eine höhere Besteuerung dringend geboten, um auch hier mehr Effizienz und Einsparungen zu erzielen.

<sup>9</sup> Erwartetes Mehraufkommen 2009, siehe (BT-Drs. 16/108)

## 1. Wettbewerbsgleichheit Bahn/Flugverkehr

Besonderer Handlungsbedarf besteht im Bereich der anachronistischen Steuerbefreiung des umweltschädlichen Flugverkehrs, die sich derzeit in der gesamten EU auf dem Prüfstand befindet.

Wir sprechen uns für folgenden Maßnahmenkatalog aus:

- Der FÖS strebt eine gerechtere Besteuerung des Flugverkehrs im Verhältnis zu Schiene und Straße an. **Optimal wären Fortschritte bei der internationalen Kerosinbesteuerung oder bei der Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel.** Da ersteres politisch nach wie vor sehr schwierig und die Einbeziehung in den Emissionshandel realistischweise nicht vor 2010 umsetzbar ist, befürwortet der FÖS trotz der Nachteile einer rein nationalen Lösung die **schrittweise Abschaffung der Steuerbefreiung für Kerosin bei Inlandsflügen.** Immerhin wird so ein fairerer Wettbewerb zwischen Bahn und Flug auf Kurzstrecken erreicht. Norwegen und Niederland haben diesen Schritt bereits getan. Der FÖS empfiehlt eine einmalige Erhöhung um 30 Cent/l; dies brächte nach Schätzung der Bundesregierung ein **Plus von 0,5 Mrd. Euro.**
- **Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung für die Personenbeförderung im grenzüberschreitenden Flugverkehr.** Eine derartige Initiative der Rot-Grünen Bundesregierung ist 2003 im Bundesrat gescheitert. Die Erhebung des vollen Satzes von 16% würde laut Angaben der Bundesregierung zu Einnahmen von wiederum 0,5 Mrd. Euro führen.
- Dem Vorbild Großbritanniens folgend, sollte **eine von Klasse und Flugziel abhängige Ticketabgabe** in der Höhe von 7-60 Euro eingeführt werden. Summa Summarum könnte hier **1 Mrd. Euro** mehr in die Staatskasse fließen. Gebühren für die Flugsicherung sollten kostendeckend sein.
- So lange die anderen Verkehrsträger ihre ökologischen Kosten noch nicht tragen, schlagen wir – wie in anderen EU-Ländern – einen **ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent für Personenbeförderung im Fernverkehr der Bahn** vor. Die Deutsche Bahn AG muss dann jedoch auch ihre Zusage einhalten, diesen Steuervorteil in Höhe einer Preissenkung von fast 10 Prozent an den Kunden weiterzugeben. Dieses deutliche Preissignal hätte nur einen Rückgang der Steuereinnahmen **von 0,2 Mrd. Euro** zur Folge.
- Energiesteuerermäßigungen für den öffentlichen Verkehr sollten vom **Einhalten anspruchsvoller Emissionsstandards** (z.B. EEV) abhängig gemacht werden. Aus ökologischer Sicht können sie langfristig bei entsprechender gleichmäßiger Besteuerung fossiler Energieträger völlig entfallen.

## 2. Überfällige Korrekturen im Straßenverkehr

Im Straßenverkehr liegt unser Hauptaugenmerk bei der Angleichung des Dieselsteuersatzes, der Reform der KFZ-Steuer, des Abbaus von Steuersubventionen, sowie Verbesserungen bei der Maut:

- **Teilweise Angleichung des Dieselsteuersatzes** (aktuell 47 Cent/l) an den für Normalbenzin (65 Cent/l) in zwei Stufen a 4 Cent. Langfristig muss Diesel wegen seines höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und der Rußpartikelemissionen sogar höher belastet werden als Benzin. Insgesamt erhielte der Staat **2,4 Mrd. Euro** mehr als bisher. Bei einer Anhebung des Dieselsteuersatzes wäre erstens eine **Spreizung der Dieselsteuer nach LKW und PKW** erforderlich, da für LKW die Maut erhoben wird, und zweitens eine **korrespondierende Entlastung der Diesel-PKW bei der Kraftfahrzeugsteuer**.
- **Senkung der Entfernungspauschale** in zwei Schritten um insgesamt 20 Cent auf 10 Cent/km würde nach Berechnungen des Umweltbundesamtes von 2004 zu Mehreinnahmen von **mehr als 1 Mrd. Euro** führen.
- Eine **Begrenzung der Steuerabzugsfähigkeit des Kraftstoffverbrauchs betrieblich genutzter PKW** auf den Verbrauch eines 3,5-Liter-Autos könnte Mehreinnahmen von bis zu **4 Mrd. Euro** erbringen<sup>10</sup>.
- **Ökologisierung der KFZ-Steuer** (Orientierung an CO<sub>2</sub>- und sonstigen Emissionen, Partikelfilterförderung) mit gleichzeitiger leichter Anhebung der Sätze und Angleichung der Diesel- an die Benzinbesteuerung. Mehreinnahmen: **1 Mrd. Euro**.
- **Ausweitung der LKW-Maut** auf weitere Strecken, stärkere ökologisch orientierte Differenzierung und leichte Anhebung. Einnahmeplus von **1 Mrd. Euro**.

### 3. Abbau von Ausnahmen und Steuerschlupflöchern

Ein weiterer wichtiger Baustein ist der Abbau von Subventionen und Steuerschlupflöchern zulasten der Umwelt. Insbesondere im Bereich von Kohle und Atomenergie bestehen immer noch erhebliche Subventionen und Steuerprivilegien. Aber auch die Ausnahmen für das produzierende Gewerbe bei der Ökologischen Steuerreform erfordern eine Überprüfung.

Der FÖS schlägt vor:

- **Überarbeitung und Reduzierung der Ausnahmen** für Betriebe im produzierenden Gewerbe im Rahmen der Ökosteuer mit geschätzten steuerlichen **Mehreinnahmen von 0,5 Mrd. Euro**. Nicht jedes produzierende Unternehmen ist energieintensiv oder steht im internationalen Wettbewerb. Berechnungen des FÖS ergaben zudem, dass die Belastung der deutschen Industrie durch die Ökosteuer um einiges geringer ist als die der britischen Firmen durch die Climate Change Levy<sup>11</sup>.
- Einschränkung der Steuervorteile für Rückstellungen der Atomwirtschaft (z.B. Verlängerung der Ansparzeit auf 32 Jahre äquivalent zur durchschnittlichen Laufzeit gemäß Ausstiegsgesetz). Ein Konzept ist noch näher zu präzisieren; abhängig von der konkreten Ausgestaltung sind **Mehreinnahmen von 0,8 Mrd. Euro** erzielbar.
- Um Wettbewerbsvorteile durch den Emissionshandel auszugleichen, sollte eine – möglichst EU-weite – **Steuer auf Kernbrennstoffe** eingeführt werden. Die auf die

<sup>10</sup> Luhmann 2005, Wuppertal-Bulletin.

<sup>11</sup> [www.foes.de/3aktuelles/dbkonferenz.html](http://www.foes.de/3aktuelles/dbkonferenz.html)

Brennstoffe zu beziehende Belastung sollte dem Äquivalent von 1 Cent/kWh Atomstrom entsprechen. Die Einnahmen beliefen sich hier auf 1,7 Mrd. Euro.

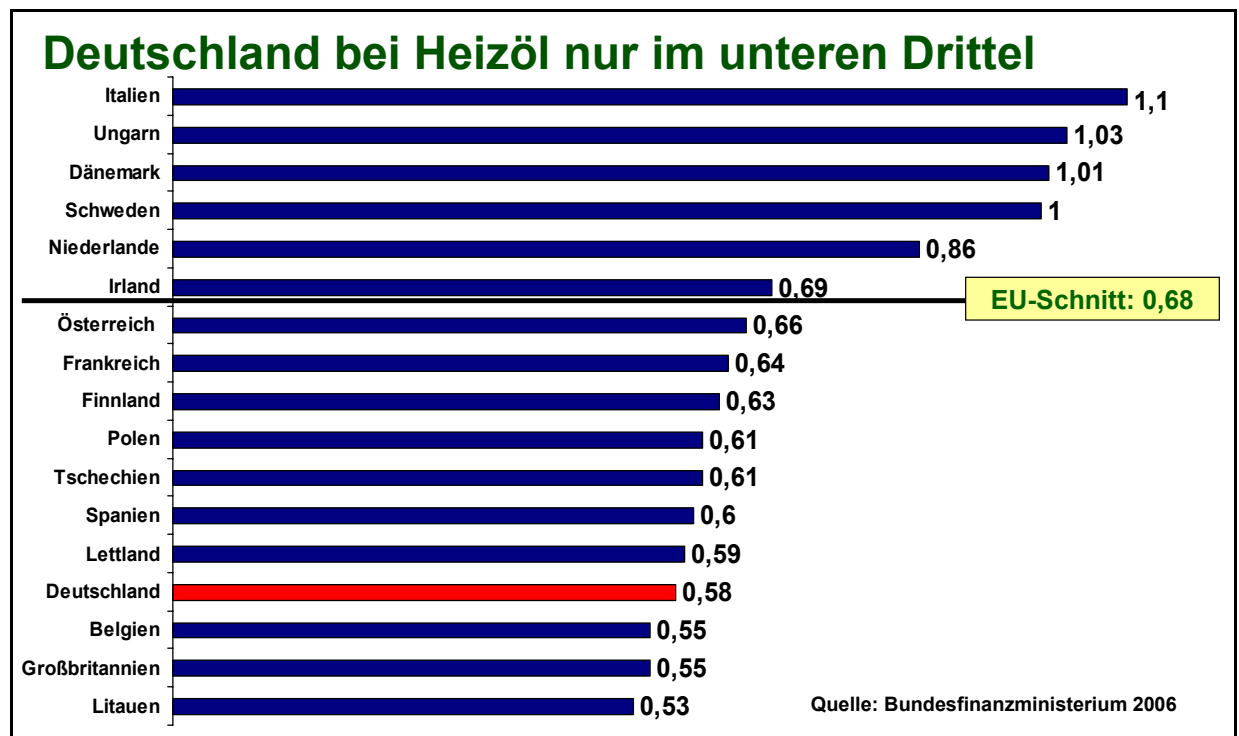
- **Abbau der Kohlesubventionen nach 2008** (bis dahin gilt der Zuwendungsbescheid), eine Halbierung ab 2009 führt zu Einnahmen von etwa 1 Mrd. Euro.

#### 4. Mehr Effizienz im Wärmebereich

Deutschland liegt in der EU (auch EU-25) bei den Heizölpreisen anders als bei Benzin im unteren Drittel der Preisskala.

12

**Bild 5: Heizölpreise in Europa im Vergleich (Liter in Euro, Februar 2006)**



Gleichzeitig bestehen hohe ungenutzte Potentiale der CO<sub>2</sub>-Minderung im Gebäudebestand (Altbausanierung, Nutzung Erneuerbarer Energien zur Wärmeversorgung). Das Verheizen von Öl ist zudem eine sehr ineffiziente Nutzungsform, weil die rohstoffliche Verwendung mindestens eine Doppelnutzung ermöglicht. Um weitere Impulse zur Energieeinsparung und verstärkter Nutzung Erneuerbarer Energien auf dem Wärmemarkt zu setzen, empfehlen wir eine spürbare Anhebung der Steuern auf leichtes Heizöl, Flüssiggas, Erdgas und Kohle. Damit könnten Energieeinsparung und Nutzung von Erneuerbaren Energien auf dem Wärmemarkt längerfristig unabhängig von investiven Förderprogrammen werden.

Bei der ÖSR 1999-2003 wurden die Steuern auf leichtes Heizöl nur einmalig in 1999 angehoben (Erd- und Flüssiggas sowie schweres Heizöl auch 2003). Auf Strom und Kraftstoffe wurden jedoch insgesamt fünf Schritte durchgeführt.

Mit der Umsetzung der EU-Energiesteuer-Richtlinie 2003/96 ergeben sich damit in Deutschland Spielräume beim Heizen mit Öl und Gas. Die – auch soziale Gründe berücksichtigende – stufenweise Erhöhung der Steuern auf fossile Brennstoffe auf dem

Wärmemarkt orientiert sich am Leitbild einer systematischen Besteuerung nach dem CO<sub>2</sub>/Energiegehalt. So wird zwar mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Energiebesteuerung eine Kohlesteuer eingeführt, diese müsste aber siebenmal so hoch sein, um den CO<sub>2</sub>/Energiegehalt angemessen widerzuspiegeln und damit faire Wettbewerbsbedingungen zu realisieren.<sup>12</sup> Zusammenfassend schlagen wir im Kurzfriskonzept vor, die Steuersätze auf

- leichtes Heizöl um insgesamt 4 Cent/l (bisher 6,4 Cent/l)
- Flüssiggas um insgesamt 7 Cent/kg (bisher 6,1 Cent/kg),
- Erdgas um insgesamt 0,3 Cent/kWh (bisher 0,5 Cent/kWh) und
- Kohle um insgesamt 0,7 Cent/kWh (bisher 0 Cent/kWh) zu erhöhen.

Dies könnte in vier jährlichen Stufen oder in zwei Stufen, z.B. 2007 und 2009, geschehen. Dem Fiskus würde dies **in der Endstufe etwa 1,5 Mrd. Euro** einbringen. Ein Teil des Aufkommens könnte im Rahmen des KfW-CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms oder des KfW-Programms zur CO<sub>2</sub>-Min-derung zur weiteren Förderung der Energieeinsparung im Bereich Bauen und Wohnen oder zur verstärkten Förderung der Wärmeerzeugung aus Erneuerbaren Energieträgern eingesetzt werden. Bereits 2003 wurde ein Teil des Mehraufkommens (160 Millionen Euro) durch das Gesetz zur Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform, dazu verwendet, das Volumen des bis dato bestehenden KfW-CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms nahezu zu verdoppeln.

Neben den Erhöhungen der Steuern im Wärmemarkt befürwortet der FÖS weitere Strukturmaßnahmen auf dem Strom- und Wärmemarkt:

Nach wie vor besteht in der Energieerzeugung eine gravierende Ungleichbehandlung der Energieträger zugunsten von Kohle und Atomkraft. Bei der anstehenden Modernisierungswelle des deutschen Kraftwerksparks könnten diese falschen Signale zu fatalen Fehlentwicklungen führen. Um die Verzerrungen abzubauen, empfehlen wir folgende Strukturreformen im Energiebereich:

- Verwendung des vollen Aufkommens der Stromsteuer auf Strom aus Erneuerbaren Energien zur **Schaffung von Marktanreizen für den Einsatz Erneuerbarer Energien** auf dem Wärmemarkt mit **Mehrausgaben von etwa 0,4 Mrd. Euro**. Strom aus Erneuerbaren Energien kann insbesondere aus administrativen Gründen nicht von der Stromsteuer befreit werden – dafür gilt es einen Ausgleich an anderer Stelle zu schaffen.
- **Aufkommensneutrale Spreizung des Steuersatzes für leichtes Heizöl gemessen am Schwefelgehalt**. Die breite Markteinführung von schwefelarmem Heizöl ist Voraussetzung für die breite Markteinführung der effizienten Öl-Brennwerttechnik.

## 5. Versteigerung von 10 Prozent der Emissionsrechte ab 2008

Der Start des EU-Emissionshandels zum 1.1.2005 ist ein Schritt in die richtige Richtung und ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der Kioto-Klimaschutzziele. Für die zweite Handelsperiode von 2008-2012 schlägt der FÖS jedoch anstelle der kostenlosen

<sup>12</sup> Ausführlich dazu siehe das FÖS-Memorandum 2004: [www.foes.de](http://www.foes.de)

Zertifikatsvergabe eine Versteigerung von zumindest 10 Prozent der Zertifikate vor. Dadurch könnten **Mehreinnahmen von 1,0 Mrd. Euro** erzielt werden.

## F. FAZIT

14

Der FÖS hat seine Bausteine an der Gesamtlaufzeit einer Legislaturperiode orientiert. Im Jahr 2009 kommen wir auf ca. 19 Mrd. Euro und entsprechen damit weitgehend den geschätzten Einnahmen aus der geplanten Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozentpunkte.

Mit dem Luftverkehr und dem Wärmemarkt hat der FÖS dabei zwei Schwerpunkte aufgegriffen, die umweltpolitisch besonders dringend sind, wo Deutschland europa-weit hinterherhinkt und auch die Akzeptanz in Politik und Bevölkerung am Größten sein dürfte.

Anders als in seinen bisherigen Konzepten plädiert der FÖS aus Gründen der besseren politischen Durchsetzbarkeit für eine Umsetzung der Bausteine in einer oder maximal zwei Stufen. Dies ist für uns eine Lehre aus den jährlichen, äußerst polemischen Ökosteuerdebatten jeweils zum 1. Januar in den Jahren 2000 bis 2003.

Ebenso ist die Aufkommensneutralität für den FÖS keine heilige Kuh mehr. Das Prinzip der Aufkommensneutralität war für den Beginn und Einstieg in die Ökologisch-Soziale Steuerreform unverzichtbar, galt es doch dem Verdacht entgegenzutreten, die Ökosteuer solle nur den Fiskus bereichern.<sup>13</sup>

Der damals verständliche heilige Schwur aller Ökosteuerbefürworter darf einer heute notwendigen Fortentwicklung der ÖSR nicht grundsätzlich im Wege stehen. Aktuell schlagen wir mit dem FÖS-Kurzkonzept etwa die Vermeidung einer (Mehrwert-)steuererhöhung vor. Wenn man will, kann man auch darin eine Form von Aufkommensneutralität erkennen. Insgesamt plädiert der FÖS für mehr Pragmatismus in der Verwendung der Mittel im Sinne einer Kombination von politischer Opportunität, Akzeptanzschaffung und Mehrheitsfähigkeit.

Alle Vorschläge des FÖS im Kurzkonzept sind moderat, realistisch, EU-rechtskonform und an den Erfahrungen anderer Länder orientiert. Sie sind im nationalen Alleingang auf Bundesebene umsetzbar. Die bei einigen Punkten notwendige Zustimmung der Länder, dürfte durch die Große Koalition auf Bundesebene leichter vorhanden sein, zumal einige Mehreinnahmen (z.B. Kfz-Steuer) direkt in die Länderhaushalte fließen.

### 1. Verwendung der Mehreinnahmen

Für den FÖS stehen die ökologischen Lenkungswirkungen einer ÖFR im Mittelpunkt. Da jedoch wesentliche Volumina generiert werden, nehmen wir auch zum Thema Verwendung der Mittel Stellung:

---

<sup>13</sup> Viele derjenigen, die damals der Ökosteuer eine klammheimliche Erhöhung der Steuerquote unterstellten, erhöhen nun genau diese Quote mit Hilfe der Mehrwertsteuer – ohne dass sich in der Öffentlichkeit viel Protest oder gar die Forderung nach „Aufkommensneutraler Mehrwertsteuerreform“ erhöhe....

Konsens dürfte darüber bestehen, dass die Abgabenbelastung insgesamt verträglich sein muss: verträglich im internationalen Wettbewerb und für die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft. Des weiteren dürfte auch weitgehend darüber Konsens herrschen, dass die Steuerstruktur in Deutschland nach wie vor krass verzerrt ist. Die Belastung der Arbeitskosten von Normalverdienern hat im internationalen Vergleich Rekordcharakter. Dies ist ein wesentlicher Grund für die systematische Vernichtung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Aus diesem Grund wurden seit der Einführung der Ökosteuer 1999 88 Prozent der Einnahmen zur Senkung der Lohnnebenkosten verwandt. Wir sind der Meinung, dass auch zukünftig der Schwerpunkt hier liegen sollte. Grundsätzlich ist es aber Sache der Politik darüber zu entscheiden, wie Steuermittel eingesetzt werden. Insbesondere maßen wir uns nicht an darüber zu urteilen, wie Einnahmen aus einer Weiterführung der ÖFR im Gesamtzusammenhang der von der Bundesregierung angekündigten weiteren Reformen, etwa in der Gesundheitspolitik, der Unternehmenssteuerreform, Investitionsprogramme auf kommunaler Ebene eingebunden werden könnten.

Ein interessanter Aspekt ist die Initiative Frankreichs: dort wurde die Einführung einer Ticket-Tax im Luftverkehr beschlossen, wobei die Einnahmen zur Aufstockung der Entwicklungshilfe dienen sollen.

Der FÖS empfiehlt generell, einen nennenswerten Teil künftiger Ökosteuererträge direkt für ökologisch sinnvolle Programme zu verwenden, insbesondere auch um die öffentliche Akzeptanz zu erhöhen<sup>14</sup>.

## 2. Öko- statt Merkelsteuer

Die Vorschläge des FÖS würden bereits 2007 Mehreinnahmen von 9 Mrd. € erbringen und könnten damit mindestens einen Prozentpunkt der Mehrwertsteuererhöhung sinnvoll ersetzen. Gemäß Koalitionsvereinbarung soll ein Prozentpunkt nicht zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden, sondern der Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung dienen. Wir schlagen konkret vor diesen Prozentpunkt auf jeden Fall durch Maßnahmen im Rahmen einer ÖFR zu ersetzen.

Die weiteren Einnahmen aus unseren Vorschlägen in den Folgejahren könnten in ein Gesamtkonzept der weiter anstehenden Reformen eingegliedert werden.

Der Mehrwert eine Weiterführung der ÖFR gegenüber einer „platten“ Mehrwertsteuererhöhung liegt in der innovationsfördernden und kosteneffizienten ökologischen Lenkung statt einer breiten Schwächung des Konsums und damit des beginnenden Aufschwungs.

Immer deutlicher wird auch, das wir, unabhängig von ökologischen Fragen, unsere Abhängigkeit von Gas und Öl aus wirtschaftlichen und politischen Gründen reduzieren müssen. Die Konflikte im Iran/Irak und um Gas aus Russland und der zunehmende Bedarf von Ländern, wie China und Indien, sollen hier nur als Schlaglichter dienen.

<sup>14</sup> Siehe FÖS-Memorandum 2004: <http://www.foes.de/downloads/Memo2004.pdf>



**Bild 6: Überblick über die FÖS-Bausteine (in Mrd. Euro)**

Baustein	Aufkommen 2007	Aufkommen ab 2009
<b>1) Wettbewerbsgleichheit Bahn/Flugzeug</b>	<b>1,0</b>	<b>1,8</b>
Abschaffung Steuerbefreiung von Kerosin auf Inlandsflügen	0,25	0,5
Einführung Ticketabgabe (7-60 € nach Klasse und Flugziel)	0,5	1
Ermäßigter MwSt-Satz von 7 % im Fernverkehr der Bahn	-0,2	-0,2
Abschaffung MwSt-Befreiung der Personenbeförderung im grenzüberschreitenden Flugverkehr	0,5	0,5
<b>2. Überfällige Korrekturen im Straßenverkehr</b>	<b>3,7</b>	<b>9,4</b>
Angleichung Diesel- an Benzinsteuersatz (Erhöhung um 8 ct/l)	1,2	2,4
Ermäßigungen für öffentlichen Verkehr von anspruchsvollen Immissionsschutzstandards abhängig machen	0	0
Entfernungspauschale um 20 ct auf 10 ct/km senken	0,5	< 1
Begrenzung Abzugsfähigkeit des Kraftstoffverbrauchs betrieblich genutzter PKW auf Verbrauch eines 3,5-l-Autos	0	4*
Reform der Kfz-Steuer (CO <sub>2</sub> - und Emissionsorientierung, Partikelfilterförderung, Angleichung Diesel und Benzin)	1	1*
Ausweitung LKW-Maut auf weitere Straßen, stärkere umweltorientierte Differenzierung, leichte Anhebung	1	1*
<b>3. Abbau Ausnahmen und Steuerschlupflöcher</b>	<b>1,8</b>	<b>4</b>
Reduzierung Ökosteuerausnahmen für die Wirtschaft	0,5	0,5*
Einschränkung Rückstellungen Atomwirtschaft	0,4	0,8*
Steuer auf Kernbrennstoffe (ca. 1 ct/kWh Atomstrom)	0,9	1,7
Halbierung Kohlesubventionen nach 2008	0	1
<b>4. Mehr Effizienz im Wärmebereich</b>	<b>1,4</b>	<b>2,7</b>
Anhebung Heizölsteuer um 4 ct/l	0,7	1,4
Anhebung Erdgassteuer um 0,3 ct/kWh	0,8	1,5
Anhebung Kohlesteuer auf insgesamt 0,7 ct/kWh	0,1	0,2
Verwendung der Stromsteuer auf EE zur Förderung von EE	-0,2	-0,4
Spreizung Steuersatz leichtes Heizöl nach Schwefelgehalt	0	0
<b>5. Versteigerung von 10 Prozent der Zertifikate im Rahmen des Emissionshandel ab 2008</b>	<b>0,8</b>	<b>0,8*</b>
<b>Summe Aufkommen</b>	<b>8,7</b>	<b>18,7</b>

\* Die Zahlen geben nur grobe Schätzung und gewisse Bandbreite an, die sehr stark von den Details der Ausgestaltung abhängen.

### 3. Ausblick

Auch wenn im Moment der Rohölpreis explodiert, dürfen wir uns nicht die Sicht auf die Tatsache verstellen lassen, dass langfristig weitere erhebliche Anhebungen von ökologisch orientierten Energiesteuern nötig sein werden, um die Folgen des Klimawandels nur einigermaßen beherrschbar zu halten und unsere Abhängigkeit von endlichen Ressourcen aus Krisengebieten zu verringern.

Dabei werden extreme Zuspitzungen beim Rohölpreis immer wieder das Aussetzen von Erhöhungsschritten nötig machen. Ein völliger Verzicht auf die behutsame aber stetige Internalisierung externer Effekte wäre aber fatal. Die Rohölpreisentwicklung wird mit hoher Wahrscheinlichkeit die Treibhausgasemissionen weltweit nicht auf ein verträgliches Maß reduzieren!

Klar ist aber auch: dass wir zunehmend darauf angewiesen sind, dass auf internationaler Ebene koordiniertes Handeln Platz greift. Der nationale Handlungsspielraum ist begrenzt. Unser aller Hoffnungen ruhen daher auf der EU und dem Post-Kioto-Prozess. Es muss zu international verbindlichen und ehrgeizigen Reduktionszielen kommen. Unseren nationalen Handlungsspielraum nutzen wir bis dahin und nach der Implementierung ehrgeiziger Ziele am besten durch marktwirtschaftliche Instrumente, die auf Grund ihrer Kosteneffizienz und Innovationswirkungen mehr Klimaschutz ermöglichen als andere Instrumente, welche politisch zwar leichter durchsetzbar sind, uns wirtschaftlich und langfristig aber viel teurer zu stehen kommen.

## Impressum

### FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM e.V. (FÖS)

Landsberger Str. 191 · 80687 München · Fon 089-520113-13 Fax -14

foes@foes.de · www.foes.de · [WWW.ECO-TAX.INFO](http://WWW.ECO-TAX.INFO)

**Vorstandsmitglieder:** Dr. Anselm Görres – Dipl.-Vw. Bettina Meyer – Dipl.-Vw. Andreas Wolfsteiner – Dipl.-Vw. Kai Schlegelmilch – Dipl.-Vw. Matthias Seiche

18

**Beiratsmitglieder:** Dr. Gerhard Berz - Prof. Dr. H.-C. Binswanger, CH - Dr. Henner Ehringhaus, CH - Dr. Martin Bursik, CZ - Josef Göppel, MdB - Prof. Dr. Hartmut Graßl - Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner, CH - Norbert Mann - Dr. Paul E. Metz, NL - Janet E. Milne, USA - Yannis D. Paleocrassas, Finanzminister a.D., GR - Prof. Dr. Albert J. Rädler - Dr. Georg Riegel - Christine Scheel, MdB - Matthias Max Schön - Prof. Dr. Ulrich Steger - Prof. Dr. Norbert Walter - Prof. Dr. E. U. von Weizsäcker, - Prof. Dr. Wolfgang Wiegand - Anders Wijkman MdEP, S - Dr. Angelika Zahrnt

**FÖS-Geschäftsstelle:** Andrea Sauer – Christian Meyer – Jacqueline Cottrell

**Mitarbeit:** Bernhard Frosdorfer

Der Förderverein Ökologische Steuerreform e.V. tritt als überparteiliche Organisation für eine Ökologische Finanzreform ein, deren Kernstück die Ökologische Steuerreform bildet, zu der aber auch andere ökofiskalische Instrumente gehören wie etwa der Emissionshandel oder der Abbau umweltschädlicher Subventionen.

#### Es gibt drei Formen der Mitgliedschaft im FÖS:

- Aktive (stimmberechtigte) Mitglieder, Jahresbeitrag 200 Euro
- Fördermitglieder, Jahresbeitrag 60 Euro
- Studentenmitgliedschaft, Jahresbeitrag 30 Euro

Unser Spendenkonto steht selbstverständlich auch Nichtmitgliedern zur Verfügung!  
GLS Gemeinschaftsbank eG Konto 804 371 3000 BLZ 430 609 67

Gemeinnützig zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke laut Finanzamt München für Körperschaften vom 5. April 2006